

EDITORIAL

Die *Krisis* hat diesmal eine längere Pause als gewöhnlich gemacht. Die vorliegende Ausgabe erscheint gut ein halbes Jahr später als vorgesehen. Das liegt aber nicht daran, daß unsere Tätigkeit eingeschlafen wäre – ganz im Gegenteil. Für die Verzögerung sind eher zusätzliche Aktivitäten verantwortlich zu machen, die allesamt über den Rahmen eines theoretischen Selbstverständigungsorgans hinausreichen.

Zunächst einmal hat ein „kleiner Weltordnungskrieg“ am Rande Europas im Frühjahr 1999 unseren Zeitplan ein wenig durcheinandergewirbelt. Nicht nur aufgrund der Zäsur, die dieser Kriegseinsatz mit einer erstmalig direkten Beteiligung der BRD darstellt, sondern auch weil die Debatte darüber ausgesprochen gespenstische Züge annahm, sahen wir uns genötigt, in dieser Frage öffentlich (publizistisch auf Zeitungsebene und durch Teilnahme an Veranstaltungen) Position zu beziehen. Während die Menschenrechtsbarbarei der westlichen Demokratien und ihrer olivgrünen Bellizisten nach einer radikalen Kritik schreit, wußte die Linke größtenteils nichts besseres zu tun, als sich in die ewig fortgesponnene Konstellation des Zweiten Weltkriegs zurückzuphantasieren und die „Hauptrolle Hitler“ statt mit Milosevic wahlweise mit Clinton oder Schröder/Fischer/Scharping zu besetzen. Die Auseinandersetzung darüber wird sicher noch einige Nachspiele haben.

Einer früheren Fertigstellung der *Krisis* kam außerdem die Endphase des umfangreichen Buchprojekts von Robert Kurz in die Quere, das im November 1999 als „Schwarzbuch Kapitalismus“ bei Eichborn erschienen ist. Am nachhaltigsten aber hat uns ein anderes Projekt beschäftigt, nämlich der schon länger vorbereitete Versuch, mit unserer Kritik der „Arbeit“ offensiv in die mittlerweile ziemlich leerlaufende Debatte um die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ einzugreifen. Den Platz der hinausgeschobenen neuen *Krisis* nahmen daher zunächst das im Sommer 1999 unter dem Herausgebernamen „Gruppe Krisis“ erschienene „Manifest gegen die Arbeit“ und der im Oktober 1999 herausgegebene Sammelband „Feierabend! – Elf Attacken gegen die Arbeit“ (Konkret Literatur Verlag) ein.

Auf den ersten Blick könnte die Ausgliederung dieser neuen Publikationen zur Arbeitskritik aus der Theoriezeitschrift wie ein bloßes Etikettierungsproblem anmuten. Näher betrachtet verhält es sich allerdings nicht so. „Feierabend!“ ist keineswegs eine *Krisis*-Ausgabe unter anderem Namen, und für das „Manifest“ gilt dies natürlich erst recht. Die Texte mußten außerhalb der *Krisis*-Reihe erscheinen, weil sie zwar nicht hinsichtlich der inhaltlichen Orientierung, sehr wohl aber in ihrer Form und „strategischen“ Ausrichtung einen anderen Charakter haben als die Theoriezeit-

schrift. Damit ist ein grundsätzliches Problem des gesellschaftlichen Ortes von kritischer Theorie angesprochen.

Versteht man Wertkritik ausschließlich als das, was die *Krisis* im Kern ausmacht, nämlich als ein Projekt *theoretischer Selbstverständigung*, dann hat die Reorientierung auf die Arbeitskritik kaum grundsätzlich Neues zu Tage gefördert. Natürlich hat vor allem der Sammelband den einen oder anderen Aspekt hinzugefügt; die theoretischen Kernaussagen wurden indes bereits vor geraumer Zeit in der *Krisis* entwickelt und dargestellt (man denke u.a. an „Die verlorene Ehre der Arbeit“, „Sexus und Arbeit“, „Postmarxismus und Arbeitsfetisch“ oder „Zeit ist Geld – Geld ist Zeit“ in den Nummern 10, 12, 15 und 19).

Wenn also das „Manifest“ und das Buch „Feierabend!“ auf der Ebene der theoretischen Entwicklung als eine Art erweiterte Repetition und als bloße Anreicherung mit Material gelten könnten, so stellen diese Publikationen in anderer Hinsicht dennoch völlig neues Neuland dar. Denn damit hat die radikale Wertkritik der *Krisis* einen Vorstoß über das Gebiet rein theoretischer Erörterungen hinaus gewagt. Die Reorientierung auf die Arbeitskritik steht für den Versuch, von den Essentials der wertkritischen Analyse aus zu einer Neuformulierung der zeitgenössischen sozialen Grundkonflikte zu gelangen und damit ein breiteres, heute größtenteils in Latenz verharrendes oppositionelles Bewußtsein anzusprechen.

Dieser Schritt in Richtung einer vermittelnden Aktivität stellt natürlich keinen Bruch mit unserem bisherigen Theorieverständnis dar. Zwar ist für die Herausbildung der radikalen Wertkritik eine Abgrenzung vom landläufigen linken Praktizismus und Politizismus mit seinem Drang, Theorie in Agitation aufzulösen, konstitutiv gewesen; die von der *Krisis* beharrlich betonte Eigenlogik des „theoretischen Pols“ meinte aber – und das sagt ja schon dieser Begriff selbst – nie eine absolute, sondern immer eine relative Selbständigkeit der gesellschaftskritischen Theorie. Wertkritik läßt sich letztlich ohne Bezug auf die Perspektive einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Bewegung und Veränderung gar nicht denken.

Eine Gesellschaftskritik, die es sich selbstgenügsam im berüchtigten Elfenbeinturm der Theorie bequem machen wollte, ließe damit nicht nur ihre ursprüngliche, auf Veränderung gerichtete Intention fallen, sie geriete auch schon theorieimmanent hoffnungslos in die Schiefelage. Denn selbst die abstraktesten theoretischen Überlegungen radikaler Wertkritik können nur formuliert werden, indem sie ihren Gegenstand, den warengesellschaftlichen Formzusammenhang und dessen Emanationen, als grundsätzlich aufhebbar unterstellen und damit implizit immer schon in Beziehung zu einer virtuellen Bewegung gegen die herrschende Praxis stehen. Weder die Demokratie noch der kapitalistische Reichtumsbegriff oder die Subjektform der Wertvergesellschaftung etc. lassen sich kritisch analysieren ohne die Annahme, daß die sozialen Konflikte um uns herum anders besetzt werden könnten, als dies in den gegenwärtigen ideologischen Gespensterschlachten des bürgerlichen Bewußtseins

geschieht. Wollte die Wertkritik das Vermittlungsproblem verdrängen und löschen, statt selbst noch die Existenz von Gesellschaftstheorie als eine durch den Zwang der Verhältnisse aufgeherrschte und letztlich zu überwindende Zumutung zu begreifen, dann würde sie damit auch als Theorie gegenstandslos und müßte zu ihrer eigenen Karikatur verkommen.

Keine chinesische Mauer trennt das Reich der kritischen Theorie vom (wie auch immer diffusen) gesellschaftlichen Bedürfnis nach Befreiung von der Diktatur des Warenfetischs. Dieser implizit von Anfang an vorhandene Bezug ändert freilich nichts daran, daß der Versuch, durch die Propagierung der Arbeitskritik eine Katalysatorfunktion bei der Formierung eines neuen oppositionellen Bewußtseins zu übernehmen, in der Entwicklung der *Krisis* eine qualitative Veränderung darstellt – auch wenn uns durchaus bewußt ist, daß dieser Versuch zunächst nur in einem sehr beschränkten Rahmen stattfinden kann. Die Notwendigkeit, als Theoriegruppe immer schon paradigmatisch von der letztinstanzlichen gesellschaftlichen Vermittelbarkeit der Wertkritik ausgehen zu müssen, ist das eine; etwas ganz anderes freilich ist es, tatsächlich einen ersten Schritt der Vermittlung zu tun.

Der Begriff „Vermittlung“ schillert ein wenig. Geistesgeschichtlich hat er mit Hegel Karriere gemacht und bezeichnet in dessen Sprachgebrauch bekanntlich den eigentlichen Inhalt der Philosophie. Philosophisches Denken ist für Hegel und seine Erben per se vermittelndes Denken. Auch in die Marxsche Theorie ist diese Vorstellung „methodisch“ (im Sinne einer ihren Gegenstand von innen heraus kritisch sprengenden Denkweise) eingegangen. Vermittlung meint innertheoretisch das Bemühen, den inneren Zusammenhang zwischen Wesen und (empirischer) Erscheinung herzustellen, und in diesem Sinne läßt sich das Marxsche „Kapital“ als ein einziges Vermittlungswerk verstehen. Der Begriff „Vermittlung“ hat aber noch eine Zweitkarriere gemacht, in der er sich – zunächst im Zuge der 68er Bewegung – einen Ehrenplatz im Pädagogenjargon erobern konnte. In diesem Kontext zielt die Frage nach der Vermittlung schlicht auf das alltägliche Problem jedes Lehrers: Wie sag ich's meinem Kinde? Wie speise ich einen längst schon fixierten und zum Curriculum versteinerten Inhalt in das arme Schülerhirn ein? Selbst ins Politikergeschwätz hat der so verballhornte Begriff der Vermittlung inzwischen Einzug gehalten. Die inhaltlich endgültig entleerten Parteien haben ihren notorischen Verlautbarungen zufolge immer nur ein „Vermittlungsproblem“, sprich: sie haben Schwierigkeiten, das geeignete Marketing zu finden, um ihre jeweilige Inhaltslosigkeit (als Opposition) und die der Marktlogik folgenden immer härteren sozialökonomischen Restriktionen (als Regierung) demoskopisch signifikant an die medial berieselte Wählermasse zu verkaufen.

Es kann nicht sonderlich verwundern, daß, sobald es um das Verhältnis von gesellschaftskritischer Theorie und Selbst-Konstitution sozialer Emanzipationsbewegung geht, diese alltagssprachliche Zweitbedeutung sich in einer vom Geist der

Aufklärung (der Pädagogik im Großen) geprägten Linken ebenfalls regelmäßig vor die ursprüngliche Bedeutung schiebt. Bereits als die *Krisis* sich in diversen Artikeln zunächst rein theoretisch dem Problem einer denkbaren Aufhebungs- oder Aneignungsbewegung zuwandte, wurde dieses Mißverständnis denn auch von einigen Erbverwaltern Adornos als „Argument“ gegen die Fragestellung als solche bemüht. Sie wollten allein schon die theoretische Thematisierung des Problems als „unzulässige“ angebliche Vulgarisierung von Wertkritik und als Ableiten in einen „Populismus“ tabuisiert sehen. Um solche Denunziationen als solche kenntlich zu machen, muß der grundlegende Unterschied zwischen Vermittlung und bloßer Popularisierung herausgestellt werden. Wer vom Ausgangspunkt des theoretischen Pols her mit dem Vermittlungsbestreben ernst machen will, kommt ohnehin nicht darum herum, sich dabei über die Differenz dieser beiden Vorgehensweisen Rechenschaft abzulegen.

Das „Manifest gegen die Arbeit“ hätte sein Ziel von vornherein verfehlt und wirkungslos bleiben müssen, hätten wir es gewissermaßen als „Krisis light“ konzipiert, um die Leser irgendwie an die Höhenluft wertkritischer Abstraktionen heranzuführen. Eine „Einführung“ in die wertkritische Theorie ist deswegen nicht abzulehnen, hätte jedoch einen gänzlich anderen Charakter: Eine solche Publikation bliebe erstens noch ganz innerhalb des theoretischen Raumes, würde also nicht die Vermittlung des theoretischen Pols mit dem Pol oppositioneller Bewegung zum Gegenstand haben; und zweitens wäre auch eine solche innertheoretische Vermittlung oder „Einführung“ nicht zu verwechseln mit einer seichten, verkürzenden „Popularisierung“, sondern im Gegenteil müßte es dabei um die Bestimmung der zentralen Begriffe selbst gehen, und zwar im Unterschied zu theoretischen Selbstverständigungs-Texten weitgehend voraussetzungslos (also unter Berücksichtigung eines Bewußtseins, das nicht denselben innertheoretischen Weg bereits zurückgelegt hat).

Vermittlung, die über die theoretische Sphäre hinausführt, muß noch einmal anders angelegt sein. Sie kann per se nur als zweiseitiges Geschäft funktionieren; es geht also keinesfalls darum, einfach bestimmte theoretische Gedanken einem größeren Publikum näherzubringen, sondern Vermittlung in diesem Sinne setzt den anderen Pol als eigenständigen bereits voraus. Insofern kann denn auch die berühmte Marxsche Sentenz, daß nicht nur der Gedanke zur Wirklichkeit drängen müsse, sondern auch die Wirklichkeit zum Gedanken, als Fingerzeig dienen. Während ein Populismus oder eine „Popularisierung“ nur eine äußerliche Verknüpfung von Ideologie und (heute medial vermittelten) Massenstimmungen sein kann, wobei die stummen Systemzwänge den objektivierten und absoluten Maßstab bilden, kann wertkritische Vermittlung eben nicht darin bestehen, daß sich die theoretische Kritik selber zum absoluten Maßstab nimmt, um gewissermaßen den unaufgeklärten Alltagsverstand irgendwie zu übertölpeln und ihn äußerlich (etwa als eine Art Gefolgschaft) zu adaptieren. Vermittlung setzt vielmehr dort ein, wo die theoretische Kritik

der kapitalistischen Kategorien sich mit dem Ekel an der warengesellschaftlichen Zurichtung und dem Widerwillen gegen die tagtäglichen Zumutungen trifft, wo sie also mithilft, den widerständigen Regungen, für die im herrschenden Bezugssystem kein Platz vorgesehen ist, ein Reflexionsfeld zu eröffnen.

Weder der Ansatzpunkt noch der Zeitpunkt für unser Bemühen, die Grenzen der Theorie zu überschreiten, waren zufällig. Die Kritik der „Arbeit“ bietet sich als Fokus dafür schon insofern an, als sie sozusagen an der Schnittstelle zweier Welten einsetzt. Als spezifische Tätigkeitsform des ökonomischen Werts (und damit des kapitalistischen Selbstzwecks) stellt die „Arbeit“ die allerabstrakteste und allgemeinste Kategorie der Warengesellschaft dar. Zugleich fällt sie jedoch als grundlegende Praxisform der kapitalistischen Gesellschaft in den Bereich der unmittelbaren Alltagserfahrung. Unter der Wertformanalyse kann sich gewöhnlich außer den Theoretikern niemand etwas vorstellen, als „Arbeit“ wird das Formprinzip dieser Gesellschaft und sein Wirken indes greif- und sichtbar. Wenn wir die Wertvergesellschaftung auch (negativ) als „Arbeitsgesellschaft“ titulieren, dann schafft diese Bezeichnung nicht nur einen Bezug zu der soziologisch beschränkten und inzwischen völlig verflachten Debatte über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ und zur alltäglichen Erfahrung; sie ist vom Standpunkt der radikalen Wertkritik aus auch kategorial vollkommen korrekt.

Und was den Zeitpunkt angeht, so drängt die negative Wirklichkeit des Zwangsprinzips „Arbeit“ gerade in dessen manifester Krise mit Macht zur Kritik. Es ist kein Zufall, daß die akademische und mediale Debatte über die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ just in dem Maße zurückgefahren wurde, wie es damit in der Realität ernst geworden ist. Ausgerechnet in einer Situation, die keine spielerische, aufgrund einer Weltmarktgewinner-Position systemkonforme Umdefinition des Arbeitsbegriffs oder sonstige seichte Bewältigungskonzepte (Arbeitszeitverkürzung, „Bürgerarbeit“ usw.) mehr erlaubt und in der ein fortgeschrittener Reifegrad der Krise deutlich wird, schlägt das Pendel in der bürgerlichen Öffentlichkeit zurück: An die Stelle postarbeitsgesellschaftlicher Luftschlösser in der unaufgehobenen Warenform tritt eine neue Entschlossenheit der herrschenden Institutionen, auf dem Altar der sterbenden Arbeit als dem plötzlich wieder Allerheiligsten alles und jedes zu opfern, was der Kapitalismus an Sicherungen, Selbstbegrenzungen und sozialen Flankierungen hervorgebracht hatte. Die systemimmanente Reflexion der „Arbeitsgesellschaft“ baut ab und wird abgebaut; und das schien uns genau der richtige Moment für ein „Manifest gegen die Arbeit“ zu sein.

Natürlich ist es noch zu früh, die Reaktionen auf diese Initiative und die Erfahrungen der damit verbundenen Reihe von rund 40 Veranstaltungen abschließend zu beurteilen. Wir werden diesen Versuch auswerten und die Ergebnisse in geeigneter Form zugänglich machen bzw. in unsere weitere Tätigkeit einfließen lassen. Jetzt schon läßt sich sagen, daß der Erfolg rein quantitativ äußerst zufriedenstellend ist, die

Resultate aber dennoch zwiespältig bleiben müssen. Die Vertriebszahlen des im Selbstverlag erschienenen „Manifests“ haben alle Erwartungen weit übertroffen (bis jetzt wurden schon mehr als 7.000 Exemplare in Umlauf gebracht, hinzu kommt noch die Veröffentlichung im Dossier von *Jungle World* im vergangenen Sommer), und auch das „Feierabend!“-Buch fand erheblichen Zuspruch. Die vermittelnde Wirkung aber ist nur schwer abzuschätzen. Vor allem laufen die monographischen Produkte aus unserer „Werkstatt“ und die *Krisis* fast unvermittelt parallel, d.h. es gibt bis jetzt nur wenige „Synergie-Effekte“ für den eigentlichen *Krisis*-Zusammenhang (was sich auch quantitativ niederschlägt: Unabhängig von größerer Kreise ziehenden anderen Publikationen bewegt sich die verkaufte Auflage der *Krisis* seit gut einem Jahrzehnt zwischen 1.000 und 1.300 Exemplaren).

Dabei müssen freilich wichtige Unterschiede zwischen Buchprojekten für größere Publikumsverlage und einer auf Vermittlung im obigen Sinne zielenden Intervention gemacht werden. Rein quantitativ übertrifft die Reichweite in beiden Fällen die der *Krisis* bei weitem und ebenso ist in beiden Fällen die Rückkoppelung nur schwer auszumachen. So scheint das bei Eichborn veröffentlichte „Schwarzbuch Kapitalismus“ mindestens eine ebenso (relativ) große Öffentlichkeit zu erreichen wie acht Jahre zuvor „Der Kollaps der Modernisierung“. Aber natürlich ist diese Öffentlichkeit nicht unbedingt identisch mit derjenigen, auf die das „Manifest“ zielt. Das beginnt schon rein technisch beim Vertrieb. Während starken Publikumsverlagen naturgemäß eine größere Möglichkeit zur Verfügung steht, in weiter reichende Vertriebswege für den anonymen publizistischen Markt hineinzukommen, war es andererseits im Falle des „Manifests“ die wohlorganisierte Vertriebstätigkeit des Krisis-Kreises-Köln, die jenseits der üblichen Marktwege eine breite Streuung ermöglicht hat.

Selbstverständlich ist es aber auch die unterschiedliche Art der inhaltlichen Aufbereitung, die der jeweiligen Reichweite zugrunde liegt. Im Verhältnis zur *Krisis* ist dieser Faktor keineswegs an den Umfang gebunden, denn der 800-Seiten-Wälzer des „Schwarzbuchs“ und die dünne Broschüre des „Manifests“ können offenbar ähnlich weit über das *Krisis*-Publikum hinauswirken (wenn auch eben nicht in derselben Weise). Das „Schwarzbuch“ verbleibt dabei von vornherein in der theoretisch-publizistischen Sphäre, führt grundlegende Positionen der *Krisis*-Wertkritik weiter aus (Kritik der abstrakten „Arbeit“, Krisentheorie, kapitalistische Immanenz der alten Arbeiterbewegung und der staatssozialistischen „nachholenden Modernisierung“ usw.), indem es diese mit umfangreichem historischen Material anreichert und implizit wie teilweise auch explizit ein neues Geschichtsverständnis thematisiert, das dem Kapitalismus die historische Legitimation überhaupt abspricht. Insofern im Durchgang durch den gesamten kapitalistischen Entwicklungsprozeß die abstrakten theoretischen Gedanken mit „Fleisch“ der Darstellung gefüllt werden, ist dieses Buch sicherlich für ein größeres Publikum „lesbar“ als die *Krisis* mit ihrem theoretischen

Werkstatt-Charakter. In anderer Weise gilt das auch für das „Manifest“, das seine größere Reichweite aber nicht aus der epischen Fülle bezieht, sondern umgekehrt aus der apodiktischen, dem Manifest-Charakter angemessenen knappen Sprache, die dennoch die massenhafte Alltagserfahrung mit wertkritischer Stoßrichtung aus- und anzusprechen sucht. Das scheinen auch etliche wohlmeinende Kritiker nicht verstanden zu haben, die das „Manifest“ wie einen theoretischen Artikel lasen und dann natürlich nur Mängel sehen konnten, wo es sich in Wirklichkeit um den Charakter einer vermittelnden Intervention in Form eines Pamphlets handelt.

Aber nicht nur hinsichtlich der Vertriebswege und Inhalte verbergen sich hinter der oberflächlich ähnlichen, (relativ) großen Publikumswirksamkeit des „Schwarzbuchs“ und des „Manifests“ enorme Unterschiede. Über den Charakter eines großen Publikumsverlags stellt sich leichter eine besondere Art der Wahrnehmung in der bürgerlichen Öffentlichkeit her (etwa durch Rezensionen in großen Medien wie „Zeit“, „Süddeutsche“, Rundfunkanstalten etc.). Der spezifische Inhalt spielt dabei eine Art Marketing-Rolle: Anscheinend langweilt der konkurrenzlos gewordene Betrieb mit seinem endlosen Geplapper über „Marktwirtschaft-und-Demokratie“ seine eigenen Protagonisten und sein Publikum bereits derart grenzenlos, daß ein offener Affront, ein gewisser „Tabubruch“ und ein radikales Abweichen vom Mainstream bereits als eine Art „Event“ mit Aufmerksamkeit und womöglich Beifall bedacht wird.

Das System als solches, an das Ende seiner Entwicklung gelangt, bedarf „eigentlich“ keiner umfassenden Legitimation mehr (was sich in postmoderner Diktion als Affekt gegen die „großen Erzählungen“ niedergeschlagen hat). Aber für sein geistiges Gleichgewicht sind trotzdem immanente Kritik oder wenigstens irgendwelche nicht im „Istzustand“ verschwindende Reflexionen nötig, wie sie in der Durchsetzungsgeschichte des warenproduzierenden Systems stets die Spiegelfläche dafür abgaben, Feind- und damit umgekehrt eigene Leitbilder an den Entwicklungshorizont zu projizieren.

Jetzt gibt es diesen Horizont nicht mehr, aber er muß simuliert werden. Dazu bedarf es paradoxerweise einer Reflexion, die bereits über das System hinausgeht, aus dessen Binnenperspektive jedoch im Sinne der eigenen früheren (immanenten) Durchsetzungs-Ideologien wahrgenommen werden kann. In dieser paradoxen Weise erregen Bücher wie der „Kollaps“ oder das „Schwarzbuch“ nur insoweit Aufsehen, als sie erstens qua Publikationsweise als (relativ prominente) *Marktgegenstände* in der bürgerlichen Zirkulation erscheinen (und insofern schon unbewußt als entschärft gelten). Zweitens ist wichtig, daß ihr Inhalt nicht mehr dem historisch entwerteten Arbeiterbewegungs-Marxismus, linken Demokratismus usw. angehört, sondern darüber hinausgreift: gerade darin liegt die Paradoxie. Denn ein im Sinne des reflexiven intellektuellen Stellenwerts bereits klinisch toter Gegner, wie ihn der traditionelle Marxismus und die bisherige Linke heute abgeben, kann auch für das Simulieren

einer weiteren Selbstreflexion des Systems nicht mehr als Abstoßungspunkt oder Projektionsfläche genommen werden. Damit aber das „Schwarzbuch“ für diese Simulation im Medienbetrieb instrumentalisierbar zu machen ist, muß es ganz abstrakt als „satisfaktionsfähig“ dargestellt werden, allerdings unter sorgfältiger Ausblendung der „unmöglichen“ konkreten Inhalte, die entweder mit sanfter Kritik als „utopisch“ moniert oder auf die längst als ungefährlich identifizierte Schiene der angebotenen „Moral“ geschoben (also normativ statt kritisch-analytisch interpretiert) werden. Drittens ist es natürlich die Grundvoraussetzung solcher bürgerlicher Rezeptionsweisen eines für das bürgerliche Denken eigentlich nicht mehr denkbaren Inhalts, daß diesem keine negatorische soziale Bewegung entgegenkommt und ihn aufgreift. Solange die Vermittlung mit sozialen Protestbewegungen fehlt, können Texte wie das „Schwarzbuch“ immer auch als bloßer „Kunstgegenstand“, als konsumierbares Produkt mit Neuheitsreiz und eskapistischem Stellenwert aufgegriffen werden, zumal die bürgerliche Geisteskonjunktur selber im Zustand völliger Verödung angelangt ist.

An dieser Art der formalen Gefangenschaft im kapitalistischen Geistesbetrieb werden keineswegs überraschend die Grenzen theoretischer Kritik und Analyse überhaupt deutlich. Das heißt aber keineswegs, daß das „Schwarzbuch“ in einer derartigen Form der simulativen Rezeption aufginge. Jenseits dieser Form und durch sie hindurch handelt es sich um ein notwendiges Element negatorischer Energie, das seine Wirkung auch unterhalb und außerhalb der bürgerlichen Rezeptionsformen tut; der negatorische Inhalt kann nicht spurlos von der Warenform geschluckt werden. Die kapitalistische Zirkulation und Öffentlichkeit transportiert so unwissentlich und unwillentlich Gedanken, die ihren eigenen Horizont sprengen, auch wenn diese Sprengkraft nicht unmittelbar als Wirkung erscheint. Insofern haben solche Texte noch eine zweite, andere Rezeptionsgeschichte, die das bloße „Marktereignis“ hinter sich läßt. Es gibt eben auch jetzt schon Rezipienten, die das „Schwarzbuch“ und verwandte Texte nicht als geistigen Konsumgegenstand für den Simulationsbetrieb, sondern als Antwort auf Fragen und als Ansatz einer neuen Perspektive der Kritik verstehen, die nun durch die historische Tiefendimension vielleicht deutlicher geworden ist.

Anders verhält es sich hinsichtlich der Rezeption beim „Manifest gegen die Arbeit“. Das zeigt sich schon an der Publikationsform, indem es „unprofessionell“ im Selbstverlag erschienen und weniger über den Markt als über viele informelle Kanäle vertrieben worden ist. Im Gegensatz zum „Schwarzbuch“ ist die (relativ) rasche und weite Verbreitung nicht auf eine bürgerliche mediale Aufmerksamkeit zurückzuführen oder damit verbunden, sondern eher ein Resultat von Mundpropaganda. Und auch die „Lesbarkeit“ für ein größeres Publikum ist von vornherein nicht im Sinne einer simulativen Scheinreflexion zu mißbrauchen, eben weil es sich nicht um ein theoretisch-historisches Werk handelt, sondern um eine direkte und dürre Kampfan-

sage; einen Versuch also, unmittelbar in Resonanz mit dem abgeblockten gesellschaftlichen Protestpotential zu treten. Das ist offenbar dem bürgerlichen Betrieb zu viel: Derselbe Inhalt ist dann nicht mehr derselbe. Jedenfalls ist das „Manifest“ in den bürgerlichen Medien nicht aufgetaucht, nicht einmal als Ufo. Während formal vergleichbare Publikationen, wie etwa das „Manifest der Glücklichen Arbeitslosen“, als gewissermaßen popkulturelle Produkte wohlwollend bis amüsiert ziemlich breit besprochen und sogar von Ulrich Beck in die „zweite Moderne“ eingemeindet wurden, ist unserem „Manifest“ dieser Umweg erspart geblieben. Es hat alle Chancen, regelrechte Underground-Literatur zu bleiben. Das ist auch sein angemessener Platz. Vielleicht sagen es schon die Überschriften: „Glückliche Arbeitslose“ lassen sich (unabhängig von ihrer eigenen Intention) noch als Event in den Toleranznischen des Systems interpretieren, ein „Manifest gegen die Arbeit“ offenbar nicht mehr.

Trotz des keineswegs erfreulichen Zustandes der Linken (nicht nur in diesem Lande) wäre es wohl eine eitle Hoffnung, daß sich eine Rezeptionsgeschichte radikaler Wertkritik an ihr vorbei entwickeln ließe, gewissermaßen als Spekulation auf jungfräuliche Kräfte von Gesellschaftskritik und sozialer Bewegung. In Wahrheit ist das altlinke Syndrom immer schon präsent, auch in den jüngsten Köpfen, die – nachdem die theoretische Kultur der Linken weitgehend verfallen ist – auf der Suche nach geistiger Nahrung oft zu den schauerlichsten Restbeständen und Amalgamierungen Zuflucht nehmen.

Andererseits ist es auf alle Fälle zu vermeiden, in einen innerlinken erbitterten Grabenkampf von Gruppen und Grüppchen zurückzufallen, aus dessen Perspektive Gesellschaft und Geschichte nur noch verzerrt wahrzunehmen sind und die Inhalte in einer Art und Weise formuliert werden, die keiner Vermittlung mehr fähig ist. Ohnehin kann es nicht um Insider-Bezüge und Nuancierungen einer familiären Schlägerei gehen, sondern weiterhin um die Kritik und Überwindung einer an ihre Grenzen gestoßenen großen Geschichte von Gesellschaftskritik und sozialer Bewegung in den Kategorien des warenproduzierenden Systems. In diesem Sinne will die *Krisis* einerseits die begonnene Überwindung des Arbeiterbewegungs-Marxismus weitertreiben und – trotz aller Warnung vor dem allzu martialischen „Begriffsmord“ – den marxistischen Fortschrittsbegriff, die Begriffe des „Materialismus“ und der „Revolution“ einer wertkritischen Prüfung unterziehen. Dabei muß auch die (ansatzweise im „Schwarzbuch“ bereits begonnene) Kritik an der liberalen Erbmasse des Marxismus und an der Aufklärungsphilosophie fortgeführt sowie um eine tiefer greifende Auseinandersetzung mit der „Kritischen Theorie“ erweitert werden. Im Mittelpunkt wird dabei die Frage des „Subjekts“ im weitesten Sinne stehen. Es ist also klar, daß der versuchte Übergang zu Formen der Vermittlung keineswegs heißt, daß die *Krisis* nun als Theoriegruppe überwunden wäre; der Fortgang der noch längst nicht abgeschlossenen Theoriebildung wird auch weiterhin unser Hauptbetätigungsfeld bleiben.

Allerdings braucht die Zukunft der theoretischen Kritik ihre Zeit. Hinsichtlich der Theoriebildung wird es deshalb zunächst eine wesentliche Aufgabe sein, noch einmal zurückzugehen und die bisherigen Stationen radikaler Wertkritik der *Krisis* in zweiten Durchgängen genauer darzustellen und auszubauen. Dies betrifft etwa das „Abspaltungstheorem“, die Kritik der Wertvergesellschaftung als Geschlechterverhältnis. Dazu wird Anfang 2000 in der *edition krisis* (Horlemann Verlag) von Roswitha Scholz das Buch „Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Kapitals“ erscheinen, in dem sie ihre feministische Weiterentwicklung der Wertkritik und der Kritischen Theorie in einem kritischen Durchgang durch die wichtigste feministische Literatur des deutschsprachigen Raums seit den 70er Jahren präzisiert und in modifizierter Form neu ausformuliert. In einem zweiten Teil analysiert sie die postmoderne „Verwilderung“ (statt Überwindung) des Patriarchats und setzt sich in diesem Zusammenhang mit den feministischen Beiträgen zur Globalisierungsdebatte auseinander.

Für die weitere Zukunft wird die Abspaltungstheorie, die sich ja keineswegs bloß auf die Spezifik des modernen Geschlechterverhältnisses bezieht, sondern einen erweiterten Begriff des gesellschaftlichen Ganzen liefert, auch im Hinblick auf die Erkenntnis- und Wissenschaftskritik zu diskutieren sein. Denn das strukturell „männliche“ Handlungsobjekt des Kapitals ist ja gleichzeitig das entsprechende Erkenntnisobjekt. Um die geschlechtliche Dimension der „Abspaltung“ erweitert, muß sich das Verhältnis von „Warenform und Denkform“ in einem neuen Licht darstellen. Das Problem einer „Aufhebung der Theorie“ (im Sinne ihres Daseins als getrennte Sphäre der Abstraktion) wird erst von diesem erweiterten (negativen) Begriff der gesellschaftlichen Totalität her denkbar; einer Totalität, von der erst auf diese Weise genauer gesagt werden kann, warum sie nicht „aufgeht“.

Dies sind freilich Fragestellungen, die einer langfristigen Befassung bedürfen und deshalb nicht zu unseren derzeit überschaubaren Publikationsvorhaben gehören (was Interessenten daran nicht hindern sollte, ihr Interesse daran anzumelden). In der *Krisis*, aber auch darüber hinaus, wollen wir uns in der nächsten Zeit vorrangig mit zwei Themenfeldern befassen. Erstens ist es dringend erforderlich, mit wertkritischer Reflexion in die Debatte um die „Weltordnungskriege“ seit Anfang der 90er Jahre einzugreifen und dabei die theoretische Analyse um bisher vernachlässigte Aspekte des Verhältnisses von Politik, Ökonomie und Geschichte zu erweitern. Zu untersuchen ist, welche „postpolitischen“ Verlaufsformen die Zersetzung des warenproduzierenden Systems im Weltmaßstab annimmt und inwieweit dabei zentrale Kategorien traditioneller Kapitalismusanalyse (Staatlichkeit, Nation, Imperialismus etc.) obsolet werden. In diesen Kontext gehört u.a. auch eine Auseinandersetzung mit den diversen Strömungen der „Antideutschen“ über die Frage, in welchem Verhältnis radikale Kapitalismuskritik als Wertkritik zur spezifisch deutschen Geschichte (Nationalsozialismus, Holocaust) steht. Die nächstfolgende Nr. 24 der *Krisis* sowie unser

Seminar im April 2000 werden einige Aspekte dieser Thematiken mit dem Schwerpunkt „Krieg und Gewalt im postpolitischen Krisenzeitalter“ behandeln.

Zweitens sehen wir es als mindestens ebenso dringlich an, zu den wichtigsten Essentials der Wertkritik zurückzukehren und die zentralen Fragen von Wert- und Akkumulationstheorie, Krisentheorie und Kritik des Klassen-Sozialismus neu aufzunehmen. Seit dem fast vergessenen Artikel über den „Klassenkampffetisch“ von Robert Kurz und Ernst Lohoff (in der Nr. 6 unserer Zeitschrift, damals noch „Marxistische Kritik“) ist die Wertkritik der *Krisis* von den diversen Steinzeitmarxisten immer wieder als „opportunistisch“, „versöhnlerisch“ usw. denunziert worden, weil der traditionelle Begriff von Kapitalismuskritik eben stets soziologisch beschränkt und hinsichtlich der Form unkritisch sein mußte. Natürlich ist das Geschimpfe jenes „unglücklichen Bewußtseins“, das dort weiterhin krampfhaft nach Rauch Ausschau hält, wo kein Feuer mehr ist, ziemlich unerheblich. Aber auch wenn klar ist, daß der traditionelle „Klassenkampf“ nichts anderes als die immanente Bewegungsform des warenproduzierenden Systems in seiner Durchsetzungsgeschichte sein konnte, so ist damit weder die Problematik des soziologischen Klassenbegriffs (auch in seinen Verfallsformen) erschöpfend behandelt noch die soziale Kluft bestimmt, die sich gerade in der Krisenreife des Systems öffnet wie nie zuvor. Diese Problematik steht sowohl innertheoretisch als auch hinsichtlich der Vermittlung über die theoretische Sphäre hinaus in engem Zusammenhang mit der Arbeitskritik. Die zentrale Frage dabei ist, wie sich das, was in der sozialwissenschaftlichen Literatur als „soziale Disparitäten“ firmiert, in wertkritischer Diktion neu formulieren läßt. In diesem Kontext ist auch die Kritik an den wertimmanenten und grundsätzlich „formvergesenen“ soziologistischen bzw. demokratischen Rückzugs- und Auffangstellungen der Linken (Regulationstheorie, Neo-Neokeynesianismus) erforderlich, insbesondere eine Auseinandersetzung mit dem Soziologen Pierre Bourdieu, der zum neuen intellektuellen Stern am Himmel des wertimmanenten linken Sozialismus aufgestiegen ist.

Ein anderer Aspekt derselben Auseinandersetzung ist die Kritik an der versuchten Neuformulierung eines positiven, unkritischen, aber weniger den traditionellen Marxismus wiederholenden, sondern eher der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre angehörenden Wertbegriffs, wie er seit geraumer Zeit vor allem von dem Berliner linksakademischen Ökonomen Michael Heinrich entwickelt wird. Und daran anschließend ist auch eine zusammenfassende, zentrale Argumente erweiternde Antwort auf die seit Jahren in bestimmten Denkfiguren rituell wiederholte Kritik an der Akkumulations- und Krisentheorie der *Krisis* überfällig. Wichtige Aspekte dieser Themenfelder und Auseinandersetzungen sollen in *Krisis* 25 mit dem Schwerpunkt „Wert- und Krisentheorie“ behandelt werden.

Die vorliegende Nr. 23 ist dem Schwerpunkt „Postpolitik und demokratische Krisenverwaltung“ gewidmet (der in gewisser Weise mit anderen Akzentuierungen wie angedeutet in der Nr. 24 fortgesetzt werden soll).

Franz Schandl analysiert in seinem Beitrag das „Phänomen Haider“ gegen den Strich der vorherrschenden Interpretationen. Danach kann Haider mit der Bezeichnung „Nazi“ nicht angemessen erfaßt werden, auch wenn er selektiv mit faschistischen und nationalsozialistischen Versatzstücken hantiert. Seinen Erfolg und seine Gefährlichkeit verdankt er vielmehr der geglückten Ablösung vom traditionellen Rechtsextremismus. Die „Haiderei“ steht nicht im Gegensatz zu Demokratie und Marktwirtschaft, sondern ist deren adäquater Ausdruck in Zeiten ihres Niedergangs. Haiders Kennzeichen ist die gelungene ideologische Symbiose aus marktwirtschaftlicher Euphorie und reaktionärem Pseudo-Antikapitalismus mit nationalistischem Hintergrund. Er unterscheidet sich dabei nicht wesentlich von anderen Politikerfiguren, die im Zersetzungsprozeß der Politik und des Parteiensystems sowie im Zuge der („postpolitisch“-ideologisch zu flankierenden) kapitalistischen Krisenverwaltung an die Oberfläche gespült werden. Was Haider allerdings auszeichnet, ist eine besonders ausgeprägte Geschicklichkeit im völlig flexiblen Umgang mit Inhalten. Er vertritt kein festes Programm, sondern bedient souverän die gefährlichen Stimmungen des gesunden marktwirtschaftlich-demokratischen Menschenverstands. So gelingt es ihm, die widersprüchlichsten Partikularinteressen und Forderungen scheinbar unter einen Hut zu bringen. In Ansätzen können die „Freiheitlichen“ daher als eine postpolitische Strömung bestimmt werden, in der die regressiven Potentiale des Postmodernismus ganz ungeschminkt zu sich kommen.

Gerhard Scheit setzt sich in seinem Artikel „Demokratischer Rassismus, Outsourcing des Staates“ mit der gleichen Thematik auf einer etwas allgemeineren Ebene auseinander. Auch er charakterisiert Jörg Haider als postmodernen Demokraten, zugleich jedoch als klassischen Rassisten. Beides schließt sich nicht aus, sondern bedingt sich gegenseitig. Die inhaltliche Beliebigkeit Haiders findet ihre Grenzen dort, wo die „Heimat“ aufhört und die Gefahren für die „Volksgemeinschaft“ beginnen. Die „nationale Identität“ ist das Standbein, das dem Spielbein die medienwirksame Lässigkeit erlaubt. Haider steht in herausragender Weise exemplarisch für den „Extremismus der Mitte“, der sich am besten als demokratischer Rassismus begreifen läßt. Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ bleibt dabei bewußte oder unbewußte Referenz, die zwar nicht mehr in derselben Weise mobilisiert werden kann, aber nunmehr in jeder Geldmonade wirksam wird. Was von den Nazis noch als staatliches Programm in Angriff genommen wurde, um phantasmatisch „die arische Rasse höherzuzüchten“, wird heute als individualisierte sozialdarwinistische Selektion demokratisch neu organisiert. Dem entspricht die sich abzeichnende Verquickung

von Staat und Bandenwesen, worauf nicht nur die „Buberpilarte“ FPÖ verweist. Die sogenannten „national befreiten Zonen“ in Ostdeutschland und die hohe Zahl rassistischer Übergriffe stehen für ein „Outsourcing“ der staatlichen Funktionen und belegen den erschreckenden Erfolg der „direkten Demokratie“, die Jörg Haider repräsentiert.

Ernst Lohoff greift mit seiner Analyse „Einer muß den Bluthund machen. Anmerkungen zur neuen Sozialdemokratie und ihrer historischen Mission“ den postpolitischen Übergang anhand von „New Labour“ in Großbritannien und Rotgrün in der BRD auf. Nach einem Durchgang durch die seit dem Zweiten Weltkrieg gemeinsame Geschichte von Keynesianismus und Sozialdemokratie wird deutlich, daß die systemische Funktion der neuen Sozialdemokratie oder „neuen Mitte“ wesentlich darin besteht, unter dem Label des „Pragmatismus“ die soziale Repression gegen die Herausgefallenen zu organisieren und mit den arbeitsideologischen Restbeständen der alten Sozialdemokratie zu maskieren; der Keynesianismus stellt dabei kein kohärentes Programm sozialpolitischer Reform nach dem Muster der 70er Jahre mehr dar, wie es sich ein unverbesserlicher Linkssozialismus á la Oskar Negt oder Joachim Bischoff allen Ernstes zusammenphantasiert, sondern bildet nur noch ein Versatzstück im medialen Zirkus. Es geht darum, in scheinbarer Abgrenzung vom Neoliberalismus die „politische Machbarkeit“ nicht etwa real wiederherzustellen, sondern als Phantom in den gesellschaftlichen Simulationsprozeß einzuspeisen. In diesem Sinne wäre ein kohärenter Inhalt eher schädlich für das Geschäft der Krisenverwaltung, in der die reale Konsistenz der sozialen Repression durch das Surfen auf den Stimmungslagen eines Massenbewußtseins flankiert werden muß, das sich eine politische Kohärenz nicht einmal mehr vorstellen kann. Insofern ist Schröder und Blair nicht nur eine enge Verwandtschaft mit einem Haider nachzuweisen, sondern die neue Sozialdemokratie ist vielleicht auch am besten dafür geeignet, mit ihrem spezifischen „policy mix“ die erforderlichen postpolitischen „Bluthund-Maßnahmen“ durchzuführen.

Robert Bösch geht in seinen Thesen „Zwischen Allmacht und Ohnmacht“ der Frage nach, worin sich die strukturelle Psychopathologie des bürgerlichen (immer schon als „männlich“ konstituierten) Subjekts begründet. Er zeigt, daß die Freudsche Psychoanalyse die Antworten darauf bereits implizit enthält, wenn man sie entgegen ihrem eigenen Selbstverständnis nicht-anthropologisch interpretiert und die zentrale Idee einer ahistorischen Triebnatur verwirft. Zu fragen ist nicht, welches historische „Schicksal“ der „naturale“ Trieb erleidet, wenn er in die Sphäre des Gesellschaftlichen eintritt, sondern vielmehr, wie es dazu kommen kann, daß das bürgerliche Individuum in zwei scheinbar unvereinbare Welten – hier triebhafte „Natur“, dort repressive Gesellschaft – zerfällt, die nun irgendwie „vermittelt“ werden müssen. Es

geht also darum, die negative Identität der konträren Standpunkte von „gesellschaftlicher Repression“ (Wilhelm Reich) versus „Produktivität der Macht“ (Michel Foucault) in die dynamische Logik des bürgerlichen Subjekts als einem prozessierenden Widerspruch aufzuheben. Um diese bei Freud bereits implizit formulierte Logik freizulegen, müssen aber die Widersprüche seiner Theorie und der daran anknüpfenden psychoanalytischen Konzepte (die diese Widersprüche zumeist einseitig aufzulösen versuchen) als ideologischer Ausdruck der Widersprüche der Wertvergesellschaftung verstanden werden. Damit eröffnet der Autor einen unserer Ansicht nach radikal neuen gesellschaftskritischen Zugang zur Psychoanalyse, wie er ihn bereits in seiner Auseinandersetzung mit Jacques Lacan in der letzten Ausgabe der *Krisis* angedeutet hat. Der zweite Teil der Lacan-Kritik beanspruchte leider etwas mehr Zeit als zunächst vorgesehen und wird deshalb erst in der nächsten *Krisis* (Nr. 24) erscheinen.

Die Rubrik „Rezensionen, Kommentare, Glossen“ beginnt mit einem Beitrag, der (ebenso wie einige andere in dieser Rubrik) den Themenschwerpunkt fortsetzt. In seinem Essay „Die Gemeinsamkeit der Demokraten in Italien“ analysiert *Anselm Jappe* die Rolle und Funktion von Silvio Berlusconi und den italienischen Poststalinisten, um dabei festzustellen, daß das „italienische Modell“ eigentlich immer schon postpolitische Züge trug und insofern weit geeigneter für postmoderne Zeiten ist als das verblichene „Modell Deutschland“. *Karl-Heinz Wedel* zeigt in seinem Kommentar „Peter und der Wolf“, daß die biologisch-sozialdarwinistische Wendung des Modephilosophen Sloterdijk durchaus in der Logik seiner bisherigen postmodernen Diskurstheorie schon angelegt war. *Franz Schandl* steuert zwei Rezensionen zum Themenschwerpunkt bei: Unter dem Titel „Vorwärts zur Nachknappheitsordnung“ bespricht er die Plattitüden der „Zweiten Moderne“ anhand von Anthony Giddens' Buch „Jenseits von links und rechts“; außerdem zeigt er exemplarisch an dem Buch von Josef Cap und Heinz Fischer (Hrsg.) „Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert“ den erbärmlich niveaulosen und völlig leerlaufenden Charakter des aktuellen sozialdemokratischen „Theoriediskurses“ auf („That's it? – Forget it!“). *Udo Winkel* weist in seiner ausführlichen Besprechung „Revolution als Ordnungsmacht“ auf das äußerst lesenswerte Buch des Sozialhistorikers Wolfgang Dreßen „Gesetz und Gewalt“ hin – eine quer zu den affirmativen Jubelpublikationen stehende Interpretation der Revolution von 1848/49 am Beispiel Berlins. Dreßen zeigt dabei ganz in unserem Sinne die Doppelbödigkeit des demokratischen Revolutionsbegriffs auf, der von Anfang an im Sinne eines Disziplinierungs-Instruments gehandhabt wurde. In seinem zweiten Beitrag „Staatskontrolle oder Assoziation“ zeichnet Udo Winkel die beiden Hauptströmungen in der Sozialisierungsdebatte der 20er Jahre nach. Schließlich nimmt sich *Roger Behrens* ein ungewöhnliches Rezensionsojekt vor, nämlich

den neuen IKEA-Katalog: „Entdecke die Möglichkeiten. Oder: Wie man die Krise möbliert“.

Wir haben schon auf das zeitgleich mit dieser *Krisis*-Ausgabe erscheinende Buch „Das Geschlecht des Kapitalismus“ von Roswitha Scholz hingewiesen sowie auf das „Schwarzbuch Kapitalismus“ von Robert Kurz und unseren parallel zum „Manifest gegen die Arbeit“ erschienenen Sammelband „Feierabend! 11 Attacken gegen die Arbeit“. Hier möchten wir die Gelegenheit nutzen, auch eine wichtige neue Publikation von Gerhard Scheit anzuzeigen und zu empfehlen: Sein Buch „Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus“ ist im November 1999 im ça-ira-Verlag Freiburg herausgekommen. Schließlich weisen wir unsere Leserinnen und Leser noch einmal ganz besonders auf die vom „Kritischen Kreis“ in Wien herausgegebene Vierteljahreszeitschrift „Streifzüge“ hin, die interessante Beiträge aus einem breiten Spektrum von Wertkritik und kontroverse Debatten veröffentlicht. (Inhaltsverzeichnis der letzten Ausgaben und die Bestelladresse finden sich auf der folgenden Seite dieses Heftes).

Ernst Lohoff, Norbert Trenkle und Robert Kurz für die Redaktion der „Krisis“